

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Götz Frömming, Dr. Marc Jongen, Martin Erwin Renner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/13529 –

Die Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen erhalten – Das Erbe der Friedlichen Revolution nicht abwickeln

A. Problem

Die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR sollen nicht in das Bundesarchiv überführt werden, die Position des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen soll erhalten und gestärkt werden. Diese Forderungen erhebt die Fraktion der AfD und setzt sich dafür ein, bessere Bedingungen zu schaffen, damit die wissenschaftliche Aufarbeitung der SED-Diktatur in der Stasi-Unterlagen-Behörde intensiviert werden kann.

Der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen sowie die Stasi-Unterlagen-Behörde gehörten zum Erbe der Friedlichen Revolution. Sie stellten moralische Instanzen dar, die auch in anderen Teilen der Welt großes Ansehen genossen und dort Vorbild für ähnliche Institutionen geworden seien. Würde das Amt des Bundesbeauftragten aufgegeben und würden die Stasi-Unterlagen an das Bundesarchiv überführt, stelle dies einen symbolträchtigen Akt mit verheerender Wirkung dar. Es entstehe unweigerlich der Eindruck, es werde ein „Schlussstrich“ unter die Aufarbeitung des SED-Unrechts gezogen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/13529 abzulehnen.

Berlin, den 9. Juni 2021

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Katrin Budde

Vorsitzende und Berichterstatterin

Elisabeth Motschmann
Berichterstatterin

Dr. Götz Frömming
Berichterstatter

Thomas Hacker
Berichterstatter

Simone Barrientos
Berichterstatterin

Erhard Grundl
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Elisabeth Motschmann, Katrin Budde, Dr. Götz Frömming, Thomas Hacker, Simone Barrientos und Erhard Grundl

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/13529** in seiner 115. Sitzung am 26. September 2019 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Inneres und Heimat und den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR sollen nicht in das Bundesarchiv überführt werden, die Position des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen soll erhalten und gestärkt werden. Diese Forderungen erhebt die Fraktion der AfD und setzt sich dafür ein, bessere Bedingungen zu schaffen, damit die wissenschaftliche Aufarbeitung der SED-Diktatur in der Stasi-Unterlagen-Behörde intensiviert werden kann.

Der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen sowie die Stasi-Unterlagen-Behörde gehörten zum Erbe der Friedlichen Revolution. Sie stellten moralische Instanzen dar, die auch in anderen Teilen der Welt großes Ansehen genossen und dort Vorbild für ähnliche Institutionen geworden seien. Werde das Amt des Bundesbeauftragten aufgegeben und würden die Stasi-Unterlagen an das Bundesarchiv überführt, stelle dies einen symbolträchtigen Akt mit verheerender Wirkung dar. Es entstehe unweigerlich der Eindruck, es werde ein „Schlussstrich“ unter die Aufarbeitung des SED-Unrechts gezogen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** empfahl in seiner 145. Sitzung am 9. Juni 2021 die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** empfahl in seiner 158. Sitzung am 9. Juni 2021 die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** empfahl in seiner 76. Sitzung am 9. Juni 2021 die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/13529 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Berlin, den 9. Juni 2021

Elisabeth Motschmann
Berichterstatterin

Katrin Budde
Berichterstatterin

Dr. Götz Frömming
Berichterstatter

Thomas Hacker
Berichterstatter

Simone Barrientos
Berichterstatterin

Erhard Grundl
Berichterstatter

